

Das Bundesgesundheitsministerium will die Persönlichkeitsrechte unserer Patienten abschaffen

Gesundheitsminister Jens Spahn sorgt für regelmäßige Schlagzeilen, weil er mit immer neuen Ideen die Gesundheitsversorgung in Deutschland verändern will. Neben so unsinnigen Gesetzen wie dem Terminvergabegesetz (*Als ob sich per Gesetz die Zahl der Ärzte vermehren lassen könnte! Und wie kann das „TSVG“ mehr Arzttermine schaffen, wenn diese zugleich streng budgetiert und limitiert werden?*) peitscht der Minister im Schweinsgalopp ohne gesellschaftliche Diskussion die Digitalisierung im Gesundheitswesen durch den Bundestag. Es wird behauptet, dass damit Fehlbehandlungen verhindert und Kosten gespart werden können, wobei es Belege hierfür nicht gibt!

Die Gesetze werden in ministerialer Macht erlassen, die Betroffenen, Patienten, Ärzte, Kliniken und andere Leistungserbringer im Bereich der Gesundheit, werden nicht gefragt und schon gar nicht gehört, Fachlichkeit wird gezielt ignoriert.

Ärzte, Praxen und Kliniken sind stets darauf bedacht, die uns anvertrauten Informationen unserer Patienten zu schützen. Für unsere Patienten ist es sehr wichtig, dass sie sich auf die ärztliche Verschwiegenheit verlassen können. Zu Recht ist die Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht ein Straftatbestand.

Seit der aktuelle Gesundheitsminister sein Amt angetreten hat, kommen ständig neue Gesetze zur Abstimmung, in denen die Persönlichkeitsrechte von Patienten und Versicherten nicht mehr geschützt, sondern öffentlich zugänglich gemacht werden. Unter dem Schlagwort Digitalisierung wird der Zugriff auf persönliche Angaben und Gesundheitsdaten unserer Patienten für eine zentrale Datenspeicherung und Datenverarbeitung freigegeben.

Immer wieder haben Fachleute darauf hingewiesen, wie lückenhaft der Datenschutz ist und dass der Datenhunger großer Konzerne immens ist. Die Risiken für unsere Patienten gefährden den im Grundgesetz Art. 2 verbrieften Schutz der Persönlichkeit. Das elektronische Rezept GSAV, die elektronische Heil- und Hilfsmittelverordnung (DVG), die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung TSVG, die elektronische Patientenakte und die vollständigen höchstpersönlichen Krankheitsdaten für den sogenannten Morbi RRSA sind Beispiele für die staatliche Datensammelwut.

Der Zweck dieser Zugriffe auf schützenswerte Daten und der mögliche Nutzen für die Betroffenen werden nicht konkret, sondern immer nur sehr allgemein dargestellt.

Dass Versicherungen und industrielle Datenverarbeitungsfirmen keinen Zugriff darauf haben, ist eine Schutzbehauptung, die nicht belegt werden kann.

In der Süddeutschen Zeitung vom 13. November 2019 sind mehrere Artikel („*Patientendaten meist schlecht geschützt*“, „*Einladung für Hacker*“, „*Öffentlich krank*“) zu diesem Thema veröffentlicht, auch die Sendung Panorama 3 des NDR griff dieses Thema am gleichen Tag auf. Als der Gesundheitsminister auf die Problematik angesprochen wurde, verwies er auf die Ärzte. Noch im Januar 2019 sagte er: „Ich werde bei dem Thema Gematik mehr Geschwindigkeit reinbringen, Hacker hin oder her!“

In den USA wird diese Problematik bereits offen diskutiert. Das *Wall Street Journal* berichtete über die Kooperation des katholischen Kliniknetzwerkes mit Google und bezweifelt, ob das Wohl des Patienten im Vordergrund steht.

Der amtierende Gesundheitsminister hat bereits die Macht über die technische Ausgestaltung der digitalen Daten durch seine Stimmenmehrheit in der Gematik gesichert. Er hat einen ehemaligen Topmanager der Pharmaindustrie dort zum Chef berufen. Dass Jens Spahn über die Köpfe der Bürger hinweg handelt, ist nicht akzeptabel, bemerkt der Vorsitzende des Deutschen Ethikrates.

Dieser massive gesetzgeberische Angriff auf die Prinzipien des Persönlichkeitsrechts darf nicht kritiklos hingenommen werden.

Herr Dr. med. Wolfgang Wodarg, Mitglied des Bundestages Vorstandsmitglied von *Transparency National* schreibt in einem offenen Brief an den Bundespräsidenten: „*Angesichts der bisherigen streng an der Verfassung ausgerichteten Praxis im Datenschutzrecht ist diese Gesetzgebung ein Staatsstreich.*“